

vorsichtig auf eine teilweise autonome Linie um. Die Führung der KPF hat zwar auch verbal nachdrücklich gegen die Invasion in der ČSSR protestiert, aber sie legte sich dabei doch eine stärkere Zurückhaltung auf. Nur relativ vorsichtig und behutsam erfolgte seither eine Distanzierung zur Moskauer Linie. Echte nationalkommunistische Tendenzen sind bis jetzt nur schwach ausgeprägt. Besondere Sorgen bereitete die KPF dem Kreml bisher nicht. Dies schließt jedoch nicht aus, daß es innerhalb der KPF bedeutsame Kräfte gibt, die gegenüber dem jetzigen Kurs ihrer Parteiführung Vorbehalte äußern und sich offen zum Prager Reformkommunismus bekennen. Z. B. R. *Garaudy* (Mitglied des Politbüros) wurde im September 1969 von seiner Partei scharf kritisiert. Garaudy hatte öffentlich in einem Interview erklärt, daß die kommunistische Bewegung sich in einer Krise befinde und daß diese Krise nicht von der Verschiedenheit, sondern aus dem Fehlen der Bereitschaft, die Verschiedenheit sozialistischer Modelle anzuerkennen, herrühre. Scharf geißelte Garaudy die ideologische Dürftigkeit des in der Moskauer Weltkonferenz beschlossenen Dokuments. Das zeitgenössische sozialistische Denken sei, beurteile man es nach diesem Dokument, in einer Stagnation; man könne den Eindruck einer Sklerose bekommen. Eine Analyse der Lage in den kapitalistischen Ländern fehle. In der Moskauer Resolution werde auf fast rituelle Weise von der Verschärfung der Widersprüche in der kapitalistischen Welt geredet. Diese Widersprüche gebe es, indessen die Widersprüche seien nicht mehr die aus dem 19. Jahrhundert. Die neuen, besonders von der wissenschaftlich und technischen Revolution verursachten, würden nicht untersucht. Ebenso fehle eine Analyse der sozialistischen Welt. Das Moskauer Dokument versuche, die Widersprüche

innerhalb des sozialistischen Lagers und innerhalb eines jeden sozialistischen Landes zu leugnen.

Konflikte, aber noch keine Krise

Die vorhandenen Spannungen, Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten in anderen kommunistischen Parteien und deren Verhältnisse zu Moskau zu erwähnen wäre müßig. In graduell unterschiedlichem Ausmaß hat auch hier die Sowjetunion vielfach ernste Sorgen. In jüngster Zeit ist von besonderer Bedeutung, welchen Kurs die Führung der KP Nordvietnams (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 124) nach dem Tode von Ho Chi Minh einschlagen wird, ob sie wie bisher zwischen Moskau und Peking laviieren kann oder welchen Bundesgenossen sie bevorzugen wird. Bedeutsam in kleineren Parteien sind gegenwärtig auch die Spaltungsgefahren in den kommunistischen Parteien Österreichs und Finnlands.

Die bestehenden Zerwürfnisse, Widersprüche und Konflikte innerhalb der kommunistischen Parteien und der kommunistischen Weltbewegung verdienen aufmerksame Beachtung. Von einer großen Krise oder gar einem Zerfall der kommunistischen Weltbewegung sollte man jedoch noch nicht sprechen. Die kommunistische Weltbewegung hat sich nämlich stets in Konflikten, in Widersprüchen entwickelt und hat trotz zeitweiliger erheblicher Rückschläge und Niederlagen insgesamt bisher relativ kontinuierlich ihren Einfluß ausbauen können. Zwar sind heute die Konflikte in anderen Dimensionen als früher anzutreffen, Formen und Methoden der Auseinandersetzung und der Inhalt der Streitpunkte haben sich geändert, doch der Weltkommunismus hatte früher schon größere Krisenperioden als heute durchstehen müssen.

Kurzinformationen

Bereits auf ihrer vorletzten Sitzung vom 22.—25. September 1969 hatte die Bischofskonferenz die Mitglieder der **Vorbereitungskommission für die gemeinsame Synode der Diözesen der Bundesrepublik** berufen. Ihre Namen wurden jedoch erst nach Zustimmung der Berufenen am 21. Oktober 1969 veröffentlicht. Die Vorbereitungskommission zählt 35 Mitglieder. Ihr gehören an: 1. Bischof *F. Hengsbach*, Vorsitzender (Essen); 2. Bischof *J. Stangl* (Würzburg); 3. Bischof *H. M. Janssen* (Hildesheim); 4. Bischof *F. Wetter* (Speyer); 5. Bischof *H. Tenhumberg* (Münster); 6. Weihbischof *E. Tewes* (München); 7. Oberbürgermeister *A. Beckel*, Präsident des ZdK (Münster); 8. Prälat *Ph. Boonen*, Leiter des Seelsorgeamtes (Aachen); 9. Frau *M. Dirks*, Vizepräsidentin des ZdK (Wittnau bei Freiburg); 10. Prof. *A. Exeler* (Münster); 11. Prof. *H. Flatten* (Bonn); 12. Prof. *H. Fleckenstein* (Würzburg); 13. Prälat *K. Forster*, zugleich Sekretär der Synode und der Vorbereitungskommission (München); 14. *H. Gaugenrieder*, Diözesanratsvorsitzender (Augsburg); 15. Prälat *B. Hanssler*, Bischöflicher Assistent des ZdK (Bonn-Bad Godesberg); 16. *K. Hemmerle*, geistlicher Direktor des ZdK (Bonn - Bad Godesberg); 17. Prof. *J. B. Hirschmann SJ* (Frankfurt); 18. *P. Hoffacker*, Geschäftsführer von Adveniat (Essen); 19. Generalvikar *L. Hofmann* (Trier); 20. *H. Köppler*, Staatssekretär a. D., parlamentarischer Geschäftsführer der CDU (Bonn); 21. *F. Kronenberg*, Generalsekretär des ZdK (Bonn-Bad Godesberg); 22. *C. Kühn*, Diözesanratsvorsitzender (Osnabrück); 23. *K. Lang*, Vorsitzender der KDSE (Bonn); 24. Prof. *K. Lehmann* (Mainz); 25. Prof. *H. Maier* (München); 26. Abt *A. Mayer OSB*, früher Rektor der Benediktinerhochschule Sant'Anselmo in Rom (Metten); 27. Prof. *P. Mikat*, Kultusminister

a. D. und CDU-MdB (Düsseldorf); 28. *M. Prümm*, Katholischer Frauenbund (Köln); 29. *E. Rickal*, BDkJ (Düsseldorf); 30. *F. W. Schaper*, Mitglied des Diözesanrates (Berlin); 31. Rechtsanwalt *B. Servatius*, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände Deutschlands (Hamburg); 32. Sr. *M. Theresita*, Vereinigung der höheren Ordensoberinnen (Düsseldorf); 33. Kultusminister *B. Vogel* (Mainz); 34. *W. Vogt*, Schriftleiter der Kettelerwacht, CDU-MdB (Köln); 35. Prälat *W. Wöste*, Leiter des Katholischen Büros (Bonn). Die Kommission hat am 6. November das erstmalig getagt. Die Sitzung galt fast ausschließlich der Diskussion des inzwischen von der Bischofskonferenz verabschiedeten Synodalstatuts.

Der **gemeinsame Gesprächskreis EKD-Katholische Bischofskonferenz** ist seitens des Rates der EKD erweitert worden. Für den nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten zurückgetretenen *G. Heinemann* und den verstorbenen Kirchenpräsidenten *W. Sucke* wurden der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, *J. Beckmann*, und der Leitende Bischof der VELKD, *H.-O. Wölber*, benannt, beide Mitglieder des Rates der EKD-West. Die bisherige Mitgliedschaft von Landesbischof *H. Dietzfelbinger* bleibt ebenso erhalten wie die des Landessuperintendenten *U. Smidt*, Detmold. Die eigentliche Erweiterung besteht in der Hinzuwahl des Laien *A. Freiherrn von Campenhausen*, Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD in München, sowie des Militärbischofs *H. Kunst*. Die katholische Kirche wird nach wie vor vertreten durch die Kardinäle *L. Jaeger* und *J. Höffner* sowie die Bischöfe *H. Tenhumberg*, Münster, *J. Stimpfle*, Augsburg, *F. Hengsbach*, Essen, und *H. Volk*, Mainz.

Das anstehende Thema, zu dem noch kein Termin vereinbart war, lautet — wohl auch in Erwartung der neuen römischen Mischeheninstruktion — „Mischehen und ökumenische Trauungen“.

Zur zweiten gemeinsamen Zusammenkunft von Priestern und Bischöfen traten vom 6. bis 8. November 1969 in Lourdes unmittelbar vor der regulären Vollversammlung der Französischen Bischofskonferenz 123 Bischöfe, sechs Ordensleute und 105 Priesterdelegierte aus den Diözesen zur Beratung von vier Themen zusammen. Bei ihnen handelte es sich um die bei der ersten gemeinsamen Konferenz von Pfingsten 1969 ausgesonderten Prioritäten (vgl. HK 23, 337 f.). Jedes der vier Themen war gemeinsam von einem Bischof und einem Priester vorbereitet worden: 1. der Bericht über die sog. „Basisseinheiten der Seelsorge“ (womit wohl die Kategorielseelsorge gemeint ist) (Weihbischof J. F. Motte, Cambrai; A. Bossuyt, Beauvais), 2. der Bericht über Autorität und Mitverantwortung in der Kirche (Bischof J. Vilnet, Saint-Dié; H. Rouyer), 3. die wirtschaftliche Basis der Kirche und ihrer Priester (J. Wicquart, Coutances; D. Perrot, Paris). Das vierte Thema war eine Untersuchung über den Zölibat, der aufgrund einer Umfrage unter Priestern, Ordensfrauen, Laien und Seminaristen im vergangenen Winter durchgeführt worden war. Die Tagesordnung war von der ständigen, zunächst noch informellen gemeinsamen nationalen Arbeitsgruppe, die zum Abschluß der Pfingsttagung aufgestellt worden war, bei ihrer letzten Zusammenkunft vom 15. bis 17. Oktober ausgearbeitet worden. Die Priesterdelegierten waren — bis auf vier — die gleichen wie auf der Pfingsttagung. — Unmittelbar anschließend versammelten sich vom 10. bis 14. November, ebenfalls in Lourdes, dieselben Bischöfe unter sich zur jährlichen Vollversammlung. Nach einer einleitenden Diskussion über die Ergebnisse der Bischof-Priester-Konferenz widmete man sich dem wohl etwas überladenen Programm der Tagesordnung, die folgende Themen vorsah: die Verlobtenseelsorge, die Zukunft der Mission de France, die Einführung des neuen „Ordo Missae“, die Frage der Seminarreform, einen Finanzausgleich zwischen den Diözesen sowie den Fragenkomplex „Erziehung und Glaube“. (Eine Darstellung der Diskussionsergebnisse folgt in der nächsten Nummer.)

Zur Vorbereitung der fünften Vollversammlung des Holländischen Pastoralkonzils, die vom 4. bis 7. Januar 1970 wiederum in Noordwijkerhout zusammentreten wird, fand dort auf Einladung der Zentralkommission des Pastoralkonzils vom 20. bis 22. Oktober ds. Jahres erstmals eine Religiosenkonferenz auf Landesebene statt, an der Vertreter von etwa 130 Orden und Kongregationen (mit insgesamt über 39 000 Mitgliedern) teilnahmen. Es waren nicht in erster Linie die Ordensführungen geladen (obwohl auch Provinzoberer, Äbte und Äbtissinnen anwesend waren), sondern junge Ordensleute und Mitglieder, die sich der Sozialarbeit, der Bildungsarbeit, der Katechese und der Familienpflege, der Publizistik usw. widmen. Zweck der Zusammenkunft war es, die Berichte zu prüfen, die von der hierzu beauftragten Konzilskommission erarbeitet wurden und die der kommenden Plenarsitzung (die sich vor allem mit dieser Frage beschäftigen wird) vorgelegt werden sollen. Einige fanden die Vorlage zu „zahn“, andere vermiften darin die Berücksichtigung gesellschaftskritischer Gesichtspunkte. Schließlich stieß man zu der *Kernfrage* vor: Sind die Religionen in Holland dazu bereit, die bestehenden Institutionen mit ihrer undurchsichtigen Vielfältigkeit preiszugeben und aus eigenem Entschluß zu wirklich neuen Formen hinzufinden, die auch Weltgeistliche und Laien, ob verheiratet oder nicht, Katholiken und Nichtkatholiken, die auf der Suche nach einem ernsthafteren religiösen Leben sind, anziehen vermögen? Die versammelten Religiosen fühlten sich allerdings im Augenblick noch außerstande, diese Frage zu bejahen. Manche rieten zu *Fusionen* ähnlich angelegter Ordensinstitute oder wenigstens zu besserer Zusammenarbeit. Der Kommissionsbericht wurde — mit einigen Abänderungswünschen — im ganzen gutgeheißen und mit begleitenden Resolutionen an den Episkopat, die Ordensleitungen

und die Zentralkommission des Pastoralkonzils versehen, worin die Schaffung von „effizienten“ gemeinsamen Arbeitsgruppen gefordert wurde, denen auch Laien angehören sollten, und die dazu beitragen sollten, das Leben und Wirken der Ordensleute zu inspirieren und zu konkretisieren, und das Ordenswesen in den Niederlanden zu „reformieren“ (vgl. „Concilie-Journal“, Nr. 37, 5. 11. 69).

Eine **alarmierende Erklärung zur Frage der Grenzen des gesellschaftlichen Pluralismus** gab der ehemalige Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, Visser 't Hooft, ein eifriger Mahner zur Planung der Weltwirtschaft zugunsten der Dritten Welt, vor dem „Institut des Hautes Études Internationales“, in Genf ab (öpd, 23. 10. 69). Er sagte, „der gesellschaftliche Pluralismus, in dem verschiedene Geisteshaltungen und politische Ideologien Seite an Seite existieren, darf nicht soweit führen, daß wir überhaupt kein gemeinsames Ziel mehr haben“. Aufgabe aller sei es, sich auf die *sittlichen Kriterien* zu besinnen, auf denen sich das gemeinsame Leben aufbauen kann. Sein Thema war „Die drei Dimensionen einer verantwortlichen Weltgesellschaft“. Die Verantwortung müsse von allen gleichermaßen nach dem *Prinzip der Solidarität* übernommen werden. Eine verantwortliche Gesellschaft müsse schließlich auch ihre Verantwortung gegenüber Normen anerkennen, die über sie hinausgreifen. „Eine Gesellschaft, die sich selbst zum absoluten Wert erklärt und sich von solchen Normen nicht mehr in Frage stellen läßt, wird zu einer Bedrohung des menschlichen Lebens. Denn in einem derart geschlossenen und totalitären System wird der Mensch zum bloßen Instrument.“ In einer Zeit, in der die Autorität aller Werte stark erschüttert ist, genügt es nicht mehr, „den halbtoten Leib der Moral von gestern mit Füßen zu treten“. Man müsse die Moral der Zukunft entwerfen. Man geht wohl nicht fehl, daß einer der Anlässe dieser programmatischen Erklärung die Krise der sog. Prager Friedenskonferenz war, aus der bald darauf ihr Begründer, Prof. J. Hromadka, ein Veteran der Ökumenischen Bewegung und persönlicher Freund Visser 't Hoofts, ausschied, weil diese weitgehend den sowjetischen Friedensideen folgende Konferenz demselben Säuberungsprozeß unterzogen wird wie die ganze Tschechoslowakei (vgl. epd, 13. und 14. 11. 69). Die in ihr verbleibenden Kirchen figurieren nur noch als Befehlsempfänger Moskaus. Damit ist ein lange durchgehaltener Versuch zusammengebrochen, zwischen den Kirchen des Westens und des Ostens eine Brücke zu schlagen. Es ist zu befürchten, daß die Auswirkungen auf die Haltung der Orthodoxie im Weltrat der Kirchen davon nicht ganz unberührt bleiben wird, deren Beitritt zum Weltrat im Jahre 1961 auch eine Frucht der Friedenskonferenz war.

Die 10. **Lambethkonferenz der Anglican Communion** (HK 22, 408 und 476) hatte die Bildung eines *ständigen Konsultativrates* beschlossen, der nun Anfang November 1969 gebildet wurde, nachdem 20 der 23 Anglikanischen Kirchen ihre Zustimmung gegeben hatten (vgl. „Church Times“, 7. 11. 69). Das Organ der Kirche von England nennt ihn „eine bescheidene, aber interessante Reform“. Es ist aber nicht so, daß er nur den bestehenden „Anglikanischen Konsultativrat“ ersetzt, er ist seiner Struktur nach wirklich neu. Denn zu den 50 Mitgliedern zählen nicht nur Bischöfe, sondern auch Priester und Laien, außerdem sind die Gewichte so verlagert, daß die Anglikanischen Kirchen des ehemaligen Missionsbereiches gleichwertig mit den einst vorherrschenden Kirchen des Empire vertreten sind. Zwar wird auch dieses Gremium nur konsultative Befugnisse haben, aber das liegt in der Natur der Anglican Communion, die die Exekutive den autonomen Kirchen überläßt. Der neue Konsultativrat wählt für sechs Jahre seinen Vorsitzenden und einen ständigen Generalsekretär. Er tagt alle zwei Jahre, unterhält aber einen geschäftsführenden Ausschuß, so daß die Anglican Communion nicht mehr auf die alle 10 Jahre tagende Lambethkonferenz der Bischöfe allein angewiesen ist. Mitglieder des Exekutivrates sind außer dem Erzbischof von Canterbury je ein Bischof, ein Priester und ein Laie der Kirche von England, der Episkopalkirche in den USA, der Kirche von

Indien, Pakistan, Burma und Ceylon, der Kirche von Kanada und der Kirche von Australien. Die kleineren Kirchen, wie die von Wales, von Irland, Südafrika, Westafrika, Zentralafrika, Ostafrika, Uganda, Rwanda und Burundi sowie Neuseeland, Japan usw., entsenden nur zwei Delegierte, einen Bischof und einen Priester oder Laien. Hauptaufgabe des neuen Rates ist es, die Beteiligung an der Ökumenischen Bewegung zu intensivieren und die Einheit der Mission zu fördern. Darüber hinaus ist ihm die eigentümliche Aufgabe zugeordnet, der Anglican Communion „das Grab zu schaufeln“, insofern nämlich, als er sich entschieden für das Eingehen der Anglikanischen Kirchen in sog. Kirchenunion einsetzen soll, wie sie für England versucht wird. Es wird alles davon abhängen, welche Persönlichkeiten die leitenden Funktionen besetzen, und nicht zuletzt, welche Ergebnisse das Gespräch mit Rom erbringt, das auf lokaler Ebene größere Annäherungen zeitigt als für die Anglican Communion als ganzer.

Erste Teilergebnisse einer Umfrage über Situation und Probleme der Priester in Spanien wurden jetzt veröffentlicht („ABC“, 7.11.69). Die Priesterkommission der spanischen Bischofskonferenz beabsichtigt, in den nächsten Monaten in allen 65 Diözesen die Erhebung durchzuführen und soziologisch auszuwerten. Die Vorergebnisse beziehen sich auf die Befragung von vorerst 5000 Priestern in 15 Diözesen. Sie wurden vom Leiter des Unternehmens, P. Echarren, bekanntgegeben, der seinen Aussagen auffällig positive Formulierungen gab und ein weit optimistischeres Bild der Gesamtsituation entwarf, als andere Untersuchungen aus jüngster Zeit zu erlauben scheinen (vgl. HK 23, 413). Echarren räumt jedoch ein, daß der spanische Priester die gleichen Probleme zu bewältigen habe wie der Klerus in der ganzen Welt und daß noch einige spezifisch spanische Akzente hinzukämen. Er verzeichnet eine „große Urteilsreife“ und ein Bemühen um ein echt priesterliches Leben im Sinne des Evangeliums und ohne historisches Beiwerk. Trotz „Krise“, „Schwierigkeiten“ und „Unsicherheiten“ bemühe sich die Mehrzahl der spanischen Priester um „vollständige Hingabe“ an ihren Dienst, in „erstaunenswerter Ehrlichkeit und Geistesfreiheit“. Die meisten spanischen Geistlichen identifizierten sich mit dem Zweiten Vatikanum und zeigten Ungeduld, wenn dessen Verwirklichung verzögert werde. Viele betonten die Notwendigkeit der Fortbildung in den meisten theologischen Fächern, in der Soziologie und in anderen wissenschaftlichen Disziplinen. Der Wunsch nach „besserer Vorbereitung auf die Probleme der Menschen von heute“ werde immer wieder zum Ausdruck gebracht. Wenn auch der Generationsfaktor eine gewisse Rolle in der Meinungsdifferenzierung spiele, so gelte doch insgesamt, daß der Klerus „mehr in die Zukunft als in die Vergangenheit blickt“. Auf dem Gebiet der Pastoral sei man in einer schöpferischen Experimentierphase. Der Bischof gelte den meisten als Hirte und Vater und als einigendes Moment in der Diözese, man wünsche aber mehr direkten Kontakt und Dialog mit ihm. Die Umfrageergebnisse ließen erkennen, daß sich eine neue Sicht von der Stellung des Priesters in Gesellschaft und Kirche entwickle, die Zeit des Klassenprestiges und der Privilegien sei vorüber. Bezüglich des Zölibats heißt es nur, daß die spanischen Probleme „praktisch identisch“ mit der Stimmung im übrigen Europa seien. Aufschlußreich sind die Angaben zur finanziellen Situation des Klerus: 25 % aller Priester hätten ein Monatseinkommen von weniger als 5000 pts, 65 % weniger als 7000, und nur 1 % über 15000.

Verschärfte Angriffe gegen die Konvergenztheorie von der Annäherung der politischen oder ideologischen Systeme der Sowjetunion und des Westens brachten in den letzten Monaten eine wachsende Zahl sowjetischer Zeitungen und Zeitschriften (vgl. z. B. „Pravda“, 1. 8. 69, „Kommunist“, Oktober 69, „Učitel'skaja Gazeta“, 11. 10. 69 u. a.). Bezeichnenderweise lag der Schwerpunkt der Angriffe bei den pädagogischen Zeitschriften. Man fürchtet offenbar den Einfluß wissenschaftlicher Autoritäten wie A. Sacharov und P. Kapica auf eine ideologisch wankelmütige Jugend. Erst noch am 8. Oktober 1969 hatte

Akademienmitglied Kapica, einer der bedeutendsten Physiker der UdSSR, in einem Vortrag vor der Nationalen Akademie der Wissenschaften der USA erklärt, er unterstütze eine Annäherung der politischen Systeme der USA und der UdSSR. Auf das Memorandum Sacharovs hin befragt (vgl. HK 22, 545 f.), sagte Kapica, Sacharov habe begriffen, daß man mit Hilfe einer wissenschaftlichen Methode die beiden Giganten einander annähern könne (vgl. „New York Times“, 9. 10. 69). Bedeutsam ist, daß diese Aussagen von einem 75jährigen sowjetischen Akademienmitglied gemacht wurden, nachdem Sacharov für sein Memorandum aus der Partei ausgestoßen und sein Zugang zu geheimem wissenschaftlichem Informationsmaterial stark beschränkt worden war. Sie erfolgte zu einem Zeitpunkt, wo eine sowjetische Pressekampagne gegen die Konvergenztheorie geführt wird, in der z. B. jeder „Brückenschlag zwischen der Sowjetunion und dem Westen, einschließlich der kulturellen Kontakte, eine „Konvergenz“ bezeichnet wird, welche auf die „Zersetzung und moralische Vernichtung der Sowjetgesellschaft von innen her abzielt“ (vgl. z. B. „Oktjabr“ September/Okttober/November 1969). Wie ein erraticer Block in dieser Antikonvergenzkampagne nimmt sich ein Artikel der Moskauer Patriarchatszeitschrift gegen die Konvergenztheorie (Juli 1969) aus, der u. a. zeigt, daß diese Ideen unter den Gläubigen doch ein positives und breites Echo finden. Der wohl bedeutendste Antikonvergenzartikel stammt aus der „Pravda“ vom 13. Oktober 1969. Er ist unterzeichnet von M. B. Mitin, einem Redaktionsmitglied der „Voprosy Filosofii“ und dem ideologisch gemäßigten Parteifunktionär und früheren Chefredakteur der Parteizeitschrift „Kommunist“, R. Rumjancev. Er stellt praktisch eine Antwort auf die Stellungnahme Kapicas dar und rügt andeutungsweise sowjetische Wissenschaftler, welche für die Konvergenztheorie eintreten, als Antikommunisten und vergleicht diese Theorie selbst mit der Entideologisierungstheorie, wonach eine Entideologisierung in dem Maße einsetze, als die Rolle des Intellekts bei der Lösung wissenschaftlicher und Regierungsprobleme wachse.

Fünfundzig mexico-amerikanische Priester aus sieben amerikanischen Bundesstaaten haben sich Ende Oktober zu einem dreitägigen Treffen in San Antonio (Texas) zusammengefunden (vgl. „The National Catholic Reporter“, 29. 10. 69), um über seelsorgerliche und soziale Hilfsmaßnahmen zugunsten der spanisch-sprachigen in den USA lebenden Mexikaner zu beraten. Der Sprecher dieser Priestergruppe, die sich PADRES nennt (Padres Asociados para Derechos Religiosos, Educativos y Sociales — Priestervereinigung für religiöse, erzieherische und soziale Gleichberechtigung), H. Casso, wies auf die „großen sozialen Wandlungen hin, die sich unter den mexico-amerikanischen Bevölkerungsteilen“, besonders unter der Jugend, vollzieht. Sie als Priester fühlten sich unmittelbar angesprochen, die Nöte und Forderungen dieser Minderheit vor der Kirchenführung und den Katholiken Amerikas zu vertreten. Auf der Tagung, auf der auch die Organisationsform dieser Priestergruppe festgelegt und ein Vorsitzender gewählt wurde (R. Ruiz, San Antonio), kamen u. a. folgende Resolutionen zur Verabschiedung: In Gebieten mit relativ hohem Anteil an spanischsprechender Bevölkerung sollte der Bischof aus den Reihen des spanischsprechenden Klerus gewählt werden. — „Unverzüglich“ seien spanischsprechende Pfarrer in überwiegend mexico-amerikanischen Gebieten einzusetzen. — In sozial unterentwickelten Gebieten sollte die Pfarrstruktur umorganisiert werden, und zwar dahingehend, daß z. B. „ein Team von in Rechtsfragen, Wirtschaftslehre, Organisationsfragen und Katechese ausgebildeten Priestern, die mit Sprache und Kultur des betreffenden Bevölkerungsteils vertraut sind, diesen Pfarreien zugeteilt wird und unter einem für sechs Jahre dort eingesetzten Pfarrer arbeitet, dessen Hauptaufgabe es sei, das Wirken des Priesterteams zu koordinieren. — Zur Ausbildung der Kinder aus den ärmeren Volksschichten seien bestimmte Lernprogramme zu entwickeln, zweisprachige Kurse in katholischen Schulen abzuhalten, um eine reibungslosere Integration in die US-Gesellschaft vorzubereiten.